



IM VISIER

Warum die Schweizer Übernahmekommission die Firma Unaxis im Visier von Untersuchungen hat. **10**



PARTNER

Warum der Grossaktionär Warren Buffett seinen Freund Bill Gates in den Vorstand geholt hat. **10**



FONDSPLATZ

Wie sich die Werte des Fondsplatzes Liechtenstein entwickelt haben und wie die Werte heute stehen. **11**



BÖRSE

Was sich an der Börse getan hat. Wer die Gewinner und wer die Verlierer des Tages sind. **12**

VOLKSBLATT | NEWS

Ölproduktion reicht aus

KUWAIT – Die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) fördert mit täglich 29,7 Mio. Barrel mehr Rohöl als die offizielle Quote vorsieht. Der OPEC-Präsident sieht keinen Bedarf einer Ausweitung. Die offizielle Förderquote werde von den zehn OPEC-Staaten ohne den Irak täglich um 2,2 Mio. Barrel überstiegen, sagte Ahmed Fahd al Sabah, OPEC-Präsident und kuwaitischer Ölminister am Montag in Kuwait-Stadt. «Wir denken, dass der Markt gut versorgt ist», betonte Sabah. Die OPEC hatte vor drei Wochen für Mai eine Erhöhung der täglichen Fördermenge um 500 000 Barrel angekündigt. Währenddessen ist der OPEC-Ölpreis weiter gefallen. Laut OPEC-Sekretariat vom Montag in Wien lag der Durchschnittspreis für ein Barrel am vergangenen Freitag bei 47,90 US-Dollar. Das waren 13 Cent weniger als am Donnerstag (48,03 Dollar). (sda)

Roche erhält Zulassung für neues Blutzuckermessgerät

BASEL – Der Basler Pharmakonzern Roche hat von der amerikanischen Gesundheitsbehörde FDA die 510K-Zulassung für ein neues Blutzuckermessgerät erhalten. Das Gerät wird im Verlauf des Jahres in den USA erhältlich sein. Dank Zuverlässigkeit und einfacher Handhabung soll es eine erleichterte Diabeteskontrolle ermöglichen. (AP)

Adidas verkauft Salomon

HERZOGENAURACH – Der Sportartikelhersteller Adidas verkauft seine französische Tochter Salomon an den finnischen Amerisports-Konzern. Das gab Adidas-Vorstandschef Herbert Hainer am Montag bekannt. Adidas wolle sich stärker auf seine Kernkompetenzen in den Bereichen Sportschuhe, Bekleidung und Golf konzentrieren, sagte Hainer. Zuvor hatte Adidas-Salomon einen unerwartet hohen Gewinn sprung im ersten Quartal bekannt gegeben. Während der Umsatz von Adidas und der Golfsparte Taylor-Made kräftig stiegen, brach der Umsatz bei Salomon um neun Prozent ein. Die Nachfrage nach Wintersportartikeln, Inlineskates und Fahrradkomponenten sei gesunken. (AP)

Eine Frage der Steuerung

Gesprächsrunde zum Thema Finanzplatz und Bankgeheimnis

ZÜRICH – Eine der einflussreichsten Persönlichkeiten der deutschen und europäischen Finanzpolitik tritt heute am 9. Liechtensteiner Europa-Symposium in Vaduz auf. Die deutsche Staatssekretärin Barbara Hendricks war gestern Abend Gast in einer Gesprächsrunde in Zürich.

• Martin Rösch

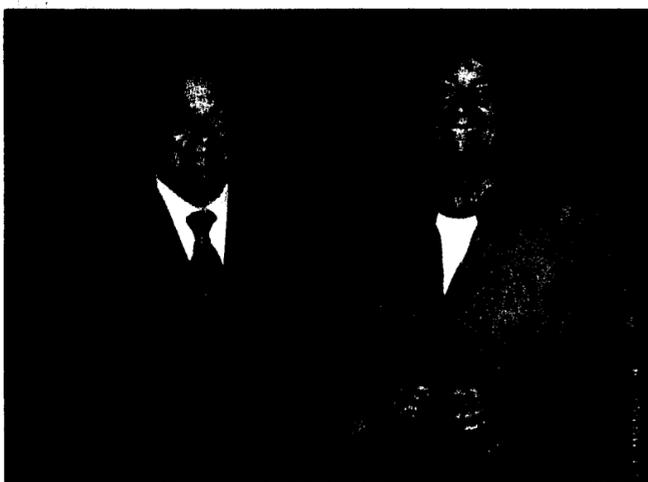
Im nächsten Landtag wird das Zinsbesteuerungsabkommen mit der Europäischen Union in zweiter Lesung beraten und soll am 1. Juni in Kraft treten. Diese Regelung ist unter anderem Ausdruck dafür, wie in Europa weiterhin spezifisch nationale Standpunkte in finanzpolitischer Hinsicht vorhanden sind.

Den deutschen Standpunkt vertrat gestern Abend Barbara Hendricks (siehe Kasten). Sie sprach auf Einladung der VP Bank beim sogenannten Kamminggespräch in Zürich vor geladenen Medienvertretern. Heute referiert sie unter dem Titel «Aktuelle europäische Entwicklungen im Finanzmarkt» am 9. Liechtensteiner Europa-Symposium in Vaduz.

Keine Black Box

VR-Präsident der VP Bank Hans Brunhart moderierte das Hintergrundgespräch zur europäischen Finanzpolitik in der Villa Tobler. Einleitend stellte Brunhart die Staatssekretärin und damit Mitglied der deutschen Bundesregierung Barbara Hendricks vor und führte sie ein als eine, die über sich selber sage: «Ich nehme die Sorgen der Menschen ernst.»

Darauf referierte Hendricks kurz. «EU-Entscheidungen betreffen alle.» Sie meinte damit, dass die EU sowohl das EWR-Mitglied Liechtenstein als auch das Nichtmitglied



VR-Präsident VP Bank Hans Brunhart und Barbara Hendricks, deutsche Staatssekretärin, sprechen über Fragen der europäischen Finanzpolitik.

Schweiz entscheidend Einfluss nehmen. Liechtenstein sei natürlich ein Thema im europäischen Diskurs über Finanzmarktpolitik. Nicht verwunderlich, werden in Liechtenstein beispielsweise seit Ende 2004 rund 15 Milliarden Franken in 200 Fonds verwaltet, wie Hendricks sagte. Sie sehe auch wie wichtig die Finanzdienstleistungsbranche insgesamt für Liechtenstein sei (30 Prozent des BIP). Damit dies so bleiben kann, sollen laut Hendricks neue gesetzliche EU-Bestimmungen auf ein Minimum beschränkt bleiben. Hendricks sprach damit die 3. Richtlinien der EU zur Geldwäscherei an, die Geldflüsse noch transparenter machen sollen. Ein Nachjustieren sei jedoch erforderlich. Dabei müsse auch das Gesellschaftsrecht mit einbezogen werden, ansonsten seien neue Bestimmungen nutzlos. Das Ganze käme einer Black Box gleich, einer Einladung für Missbrauch und «diese Einladung sollten wir nicht aussprechen», so Hendricks. Sie sehe die mit der Re-

gelung verbundene Herausforderung, doch «Missbrauch muss entschieden bestraft werden». Ein Informationsaustausch sei nötig.

Liechtenstein sei ein gutes Beispiel, wie es die 2. EU-Richtlinien gegen Geldwäscherei in nationales Recht umgesetzt habe. «Grosses Engagement» und «Begeisterung» sei sichtbar. Die konstruktiven Gespräche sollten weiter geführt werden. Hendricks machte jedoch keinen Hehl aus ihrem Standpunkt, in dem sie auf aus ihrer Sicht Widerspruch verwies: Einerseits kämpfte man geschlossen gegen Terror, andererseits verweigerten gewisse Staaten die Auskunft bei Steuerfragen. Erst wenn alle Finanzplätze die diesbezüglichen OECD-Richtlinien anerkennen würden, sei ein Durchbruch zu schaffen.

Bekannte Forderungen

Auf die bekannten Fragen und Forderungen der Medienschaffenden betreffend Finanzplatz (Bankgeheimnis) Schweiz/Liechtenstein antwortete Hendricks mit den eben-

falls immer wieder gestellten Forderungen. Mit Nachdruck verwies sie dabei auf die einmalige Tatsache, dass in der Schweiz Steuerhinterziehung nicht als Straftat geahndet wird und deshalb bei solchen Vergehen mit ausländischen Behörden nicht unbedarft kooperiert wird (Informationsaustausch). Die deutsche Bundesregierung möchte «längerfristig» eine andere Lösung, wie Hendricks sagte. Am Schluss einer kontroversen Diskussion sprach Hendricks ihre Credo: «Sie glaube daran, dass es auch künftig unterschiedliche Steuersätze (zwischen 15 bis 30 Prozent) innerhalb Europas geben könne, diese müssten jedoch auf Grund einheitlicher Gewinnermittlungsvorschriften nachvollziehbar sprich transparent sein.» So gesehen kommt eine Steuerharmonisierung, die Frage ist nur wie und von wem gesteuert wird.

ZUR PERSON

Dr. Barbara Hendricks ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages; von 1994 bis 1998 ordentliches Mitglied im Finanzausschuss, seit Oktober 1998 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Finanzen. Als Parlamentarische Staatssekretärin ist sie Mitglied der Bundestag-Konferenz der Bundestag-Präsidenten und stellvertretende Vorsitzende der Bundestag-Konferenz der Bundestag-Präsidenten in Sachen der Finanzpolitik und war massgeblich am Zustandekommen der Debatte über die Steuerreform beteiligt. Im Verordnungsrecht des Kreditwesens, der Bekämpfung von Geldwäscherei und der Währungsregulierung auf den Euro. (PD)

ANZEIGE

Sicherheitstechnik: Ein Fall für ...



ELECTRONIC AG Sicherheitstechnik

Spezialangebot:
Funk-Alarmanlage ab CHF 2900.

Hugo Ober